

CDU drängt auf Detailpläne für Fahrradstraße

## „Auf das Wie kommt es an“

**BIELEFELD** (bp). Die Bezirksvertretung Mitte beschloss mit fünf Gegenstimmen (CDU, AfD) die Neugestaltung der Fahrradstraße Ehlenrufer Weg und Rohrteichstraße. Details zur Gestaltung würde die Verwaltung in der Juni-Sitzung des Gremiums liefern. Veronika Rosenbohm (SPD): „Unser Beschluss heute ist der Rahmen, der es möglich macht, zügig Fördermittel zu beantragen.“

Jan-Helge Henningsen (CDU) wies darauf hin, dass die Hauptsorge der Anwohner der künftigen Fahrradstraßenverbindung zwischen Innenstadt und Otto-Brenner-Straße sei, keinen Parkplatz mehr zu finden. Henningsen: „Die Menschen dort werden vor vollendete Tatsachen gestellt, denn bisher wurden weder konkrete Zahlen noch Pläne vorgelegt. Man wollte die Anwohner wohl nicht noch mehr schockieren.“ Grundsätzlich stehe die CDU allerdings zur Fahrradstraße, es gehe aber um das Wie. Auch André Langeworth (CDU) kritisierte die Ver-

kehrplaner: „Wir haben Pläne schon zig Mal eingefordert – vergeblich.“

Als zuständiger Dezentraler wies Martin Adamski auf die Motivation für den Umbau von Ehlenrufer Weg und Rohrteichstraße hin: „Klimaschutz und Stärkung des Umweltverbundes mit Radfahren, Zufußgehen und der Nutzung von Bus und Bahn.“ Zudem werde es wohl auch Ausweich-Parkplätze geben. Während Jan-Helge Henningsen fürchtet, dass der Parkplatz-Suchverkehr in angrenzende Wohnviertel abgedrängt würde, stellten die Grünen den Antrag, prüfen zu lassen, ob die Fahrradstraßen-Anwohner nachts die Parkhäuser am Klinikum Mitte nutzen könnten. Dafür solle es dann ein „Nacht-Parkticket“ geben. „Aus-sichtslos“, sagte Maximilian Kneller (AfD): „Da ist nichts frei, Klinikmitarbeiterinnen und -mitarbeiter warten jahrelang, um dort einen Parkplatz zu bekommen.“

Die Fahrradstraße soll 2023 baulich realisiert werden.

## Chancen des Fairen Handels

**BIELEFELD** (WB). Zum Start der diesjährigen Aktionen der Fairtrade-Stadt Bielefeld lädt der Steuerungskreis an diesem Montag um 18 Uhr zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung zu fair produziertem Kaffee in den historischen Saal der

Volkshochschule Bielefeld im Ravensberger Park ein. Nicht nur die Bedingungen auf den Kaffeeplantagen, sondern auch die aktuelle Situation in Bielefelds Partnerstadt Estelí in Nicaragua werden Thema sein, denn dort wird der Bielefeld-Kaffee angebaut.

## Familiennachrichten




### GEBURTSTAGE

Bielefeld: Heinz-Jürgen Bollig, 76 Jahre.  
Brake: Harald Heitbreder, 85 Jahre.  
Dornberg: Eberhard Herkströter, 85 Jahre.  
Martini-Gadderbaum: Renate Tiemeyer, 84 Jahre.  
Heepen-Oldentrup: Rolf Stöte-

falke, 83 Jahre; Regine Mauritz, 84 Jahre.  
Jöllenbeck: Hans-Dieter Schröder, 80 Jahre; Brigitte Gehra, 82 Jahre.  
Zion-Schillingshof: Elfriede Knufinke, 88 Jahre.  
Senne: Vierene Wuttke, 74 Jahre; Ilse Johannpeter, 87 Jahre.

## Reingeklickt

Nach einer tödlichen Messerattacke auf dem Sportplatz der Plaßschule in Schildesche sitzt ein 15-Jähriger in Untersuchungshaft. Bei dem Streit war ein 26-Jähriger ums Leben gekommen. Das sorgt im Netz für Aufsehen. Am Wochenende hat es erneut zwei Brandanschläge auf Autohäuser gegeben. Die Artikel werden häufig geklickt.

Folgen Sie uns auf   

## Westfalen-Blatt

Westfalen-Zeitung, Bielefelder Zeitung, Brackweder Zeitung, Sennestädter Zeitung, Sennet Zeitung, Zeitung für Schloß Holte-Stukenbrock

Herausgeber: Harald Busse

Chefredakteur: Ulrich Windolph

Chefs vom Dienst:

Andreas Kolesch (Nachrichten), Carsten Jonas (Verlagstechnik)

Verantwortliche Redakteure:

Lokalausgaben: Thomas Hochstätter;

Produktion: Thomas Lunk;

Chefreporter: Christian Althoff;

Wirtschaft: Bernhard Hertlein;

Sport: Oliver Kreth (Stv.)

Lokalredaktionen Bielefeld:

Leitung: André Best

Produktion: Heinz Stelte

Kommunalpolitik und Wirtschaft:

Dr. Stephan Rechlin

Verantwortlich für Anzeigen:

Andreas Düning

Geschäftsführung:

Frank Best, Dennis Hagen,

Marc Zahlmann-Janzén

Verlag: Westfalen-Blatt Vereinigte Zeitungsverlage GmbH & Co. KG Pressehaus,

Sudbrackstraße 14, 33611 Bielefeld

Postfach 10 31 71, 33531 Bielefeld

Telefax: 0521/585-370

Telefon: 0521/585-0

E-Mail: wb@westfalen-blatt.de

Druck: Westfalen-Druck GmbH

Zur Zeit gilt für die Gesamtauflage die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2022

Bei Boten- oder Postzustellung können nur Abbestellungen zum Quartalsende berücksichtigt werden, wenn diese schriftlich möglichst per Einschreiben bis zum 1. des Vormonats abgeschickt sind. Zusteller nehmen Abbestellungen nicht entgegen. Bezugspreise monatlich 42,50 Euro per Boten einschl. Zustell-Lohn mit steuerfreiem Nachzuschlag, bei Postzustellung 45,50 Euro. Studenten-Abonnement 27,80 Euro. Beim Abonnements- und Einzelverkaufspreis inkl. 7% MwSt. Bei Abonnement-Unterbrechung erfolgt eine Rückvergütung des Bezugspreises ab dem siebten Tag der Unterbrechung. Bei Nichterscheinen der Zeitung im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung. Erscheinen werktags. Keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck nur mit vorheriger Einwilligung des Verlages. Anzeigen und Beilagen politischen Aussageinhalts stellen allein die Meinung der dort erkennbaren Auftraggeber dar. Unserer Dienstleistung liegt das Unterhaltungs- und Fernsehmagazin prisma bei.

Wir verwenden Zeitungspapier mit hohem Altpapieranteil.



Ein roter Teppich markierte am Samstag den Beginn einer temporär geschützten Radspur zwischen Landgericht (hinten) und August-Bebel-Straße. Die Bürgerinitiative „Sichere Detmolder Straße“ (rechts Achim Hertzke vom BUND) setzt sich für einen neuen Straßenquerschnitt ein, um die Mobilitätswende anzukurbeln. Fotos: Bernhard Pierel

Die Bürgerinitiative „Sichere Detmolder Straße“ simuliert eine geschützte Fahrradspur

## „Wir wollten zeigen, dass das geht“

Von Markus Poch

**BIELEFELD** (WB). Die Radfahrer im dichten Verkehr der Detmolder Straße leben gefährlich. Deshalb fährt die Mehrzahl von ihnen unzulässig auf dem schmalen Bürgersteig. Das wiederum gefährdet die Fußgänger – besonders die, deren Haustüren direkt angrenzen. Die Bürgerinitiative „Sichere Detmolder Straße“ bemängelt diesen Zustand seit 29 Jahren und hat ihn jetzt mit einer ungewöhnlichen Aktion erneut öffentlich thematisiert.

Am Samstag zwischen 12 und 15 Uhr waren interessierte Bürger zum sicheren Radfahren auf die Detmolder Straße eingeladen. Dazu hatte die Initiative auf dem knapp 500 Meter langen Abschnitt zwischen Landgericht und August-Bebel-Straße in beiden Fahrtrichtungen jeweils die äußere Pkw-Spur für Pkw sperren und für Radfahrer öffnen lassen – als geschützte Radspur

(protected bike lane).

Organisator Martin Schmelz berichtet von einem „sehr, sehr freundlichen“ Umgang in der Vorbereitung. Das Amt für Verkehr, die Polizei, die Mitarbeiter der Baustelleneinrichtung seien überaus kooperativ und hilfsbereit bei der Umsetzung gewesen. So viel Verständnis wünscht sich die Initiative auch von Politik und Verwaltung, wenn es darum geht, die beschlossene Mobilitätsstrategie und die Verkehrswende auf der Detmolder Straße als künftigen Bestandteil des Alltagsradwegenetzes OWL nicht nur kurz zu simulieren, sondern dauerhaft zu verwirklichen.

In diesem Zusammenhang wünscht sich die Initiative den umgehenden Bau der beiden lange geplanten Hochbahnsteige August-Bebel- und Teutoburger Straße. Parallel könne die Detmolder Straße auf zwei Pkw-Spuren reduziert und um zwei geschützte Radspuren

erweitert werden – in einem ersten Ausbauschritt zwischen Landgericht und Teutoburger Straße.

„Mit unserer Aktion wollten wir zeigen, dass das geht“, erklärt Martin Schmelz. „Wenn dieser Abschnitt zügig planfestgestellt würde, denn wären wir erstmal zufrieden.“ Schließlich ginge es bei der Mobilitätswende nicht darum, ob

sie umzusetzen sei, sondern wie das passieren könne.

Bei der Simulation am Samstag registrierten Martin Schmelz und seine Mitstreiterin Rita Stuke viele über Platz und Sicherheit erfreute Radfahrer, aber auch Buh-Rufe aus einigen Autos. Denn während Stadtbahn und Fahrräder gut vorankamen, staute sich der einspurige Pkw-Verkehr.

Kritiker der Initiative sind der Meinung, dass die geplante Umrüstung des nahegelegenen Ehlenrufer Weges zur Fahrradstraße ausreichen müsste, um Radfahrer sicher in die Innenstadt und wieder zurück zu bringen. „Der Ehlenrufer Weg kann aber nicht die einzige sichere Radverbindung in die Innenstadt bleiben“, entgegnet Schmelz. Dazu sei der Einzugsbereich viel zu groß und zu dicht besiedelt.

Solidarisch mit der Initiative zeigen sich bislang der ADFC Bielefeld, der Verkehrsclub Deutschland (VCD) OWL, die Wählergemeinschaft Bürgernähe, die Gemeinschaft gegen den Ausbau der B61, die Naturschützer des BUND Bielefeld und die Bürgerinitiative gegen die B66n in Bielefeld. Was Rita Stuke vermisst, ist eine stärkere Unterstützung seitens des Oberbürgermeisters. Sie sagt: „Pit Clausen müsste unsere Speerspitze, unsere Gallionsfigur sein. Dann klappt das auch.“



Das ist das Verkehrsproblem auf der Detmolder Straße: Mareike Westerhoff im Gespräch mit Jürgen Tiemann.

Bundesjustizminister Marco Buschmann besucht Bielefelder FDP im Landtagswahlkampf

## Von den apokalyptischen Reitern

Von Andreas Schnadwinkel

**BIELEFELD** (WB). Gut gelaunt kam Marco Buschmann am Sonntag nach Bielefeld, um die heimische FDP im Landtagswahlkampf zu unterstützen. Sein Lieblingsverein Schalke 04 hatte die Rückkehr in die Bundesliga geschafft. 60 Besucher wollten am Schildescher See-krug hören, was der Bundesjustizminister zur aktuellen Lage zu sagen hatte.

Nach einem ernst gemeinten Lob für die Gastgeberin („Die FDP in Bielefeld ist das Kampagnen-Powerhouse in NRW“) kam Buschmann zügig zur Sache: „Wir leben in schwierigen Zeiten, in denen man sehr nachdenklich wird.“ Nachgedacht hatte das Kabinettsmitglied über die Art seines Vortrags, in dem die vier apokalyptischen Reiter aus der Offenbarung des Johannes das Leitmotiv bildeten.

Der erste Reiter auf einem weißen Pferd stehe für den „Tyrannenstolz“, erklärte

den Zusammenhang zur Gegenwart her – zum russischen Machthaber Wladimir Putin und seiner Clique. „Eine kleine Gruppe bestimmt, wo es lang geht, und beutet die Mehrheit aus. Das galt mal für den Adel oder Parteibonzen und gilt nun für Oligarchen“, so der Minister.

Der zweite Reiter auf dem roten Pferd symbolisiere

den Tod und den Krieg. „Putin hat in Europa einen Krieg angezettelt und denkt überhaupt nicht daran, mit seinen Nachbarn in Frieden zu leben. Es ist wichtig, dass die Ukraine diesen Krieg nicht verliert“, sagte der Minister und nahm Bedenken gegen Waffenlieferungen an die Ukraine auf: „Darf man sich mit Russland anlegen? Dieser Frage muss man sich

stellen, denn wer keine Angst vor dem Krieg hat, der gehört nicht in Verantwortung.“ Es sei besser, Putin in der Ukraine zu stoppen, da er im Anschluss an einen Sieg einen Nato-Staat im Baltikum angreifen könnte. Wenn die Nato gegen Russland kämpfen müsste, wäre das gleichbedeutend mit einem Dritten Weltkrieg.

Tod durch Hunger und Knappheit bilde der dritte Reiter auf einem schwarzen Pferd ab. Darin sah Buschmann die Inflation, der die Regierung mit zwei Entlastungspaketen begegne. Dass Ökoflächen vorerst wieder landwirtschaftlich genutzt werden müssten, sei eine „humanitäre Verpflichtung“. Den vierten Reiter auf dem fahlen Pferd (Seuche, Krankheit) erklärte er zum Symbol für die Corona-Pandemie.

Mit Landtagswahlkampf hatte das nicht viel zu tun, aber hier zeigte ein Spitzenpolitiker basierend auf einer Bibelpassage, was in Europa auf dem Spiel steht.



Im Seekrug hat Bundesjustizminister Marco Buschmann am Sonntag bei der FDP Bielefeld gesprochen. Foto: Thomas F. Starke

## Stadt gibt Kita-Plan auf

**BIELEFELD** (bp). Seit mehr als 40 Jahren hatte sich die Stadt ein Privatgrundstück an der Meindersstraße für den Bau einer Kindertagesstätte reserviert. Der Bau wurde nie umgesetzt, den Eigentümern der Fläche aber auch Baurecht verweigert. Jetzt teilte Sozialdezernent Ingo Nürnberger der Bezirksvertretung Mitte mit, dass die Stadt dort keine Kita mehr plane. Die SPD erhofft sich jetzt eine Bebauung mit Wohnhäusern, „Die Linke“ wiederum fürchtet trotz des Wohnungsmangels die Nachverdichtung, weil Freiraum eingeschränkt werden könnte.

Aufgegeben werden die Kita-Planungen, weil die Versorgungsquote in dem Bereich ausreichend hoch sei: Sie liege bei den Kindern unter drei Jahren bei 54,4 Prozent, den über Dreijährigen sogar bei 142 Prozent. Außerdem reiche die Fläche für einen Kita-Bau nicht aus, mindestens ein weiteres Grundstück müsste dazu gekauft werden.